tanz

antifaschistische zeitung tübingen/reutlingen

Nummer 6
Juni/Juli 1994
2,50 Mark

Karl Höckh
geb.1934
Getränkehändler
Rottenb.Oberndorf

Irene Freund
geb.1948 3 Kinder
Büroangestellte
Tübingen

Horst Grammel
geb.1944
Maler
Rottenburg

Hugo Freund
geb.1948
Fernsehmech.
Tübingen

13 GUTE GRÜNDE, DIE REP´S NICHT ZU WÄHLEN

Otto Lutz
geb.1941
Postfacharb.
Bodelshausen

Detlef Otto
geb.1944 3 Kinder
Polizeibeamter
Kust. - Mähringen

Peter Ostermaier
geb.1944
Straßenwart
Tüb. - Pfrondorf

Günther Reutter
geb.1959 3Kinder
Landmaschmechmstr.
Tüb. - Hagelloch

Sigfried Beck
geb.1940 3 Kinder
Postbeamter
Dettenhausen

Dieter Rupp
geb.1935
Heizungsmonteuer
Ammerb. Breitenholz

Irmgard Rupp
geb.1932 1Kind
Angest.i.R.
Ammerb. Breitenholz

Karl - A. Schaal Mdl
geb.1935 3 Kinder
Kaufmann
Tüb. Pfrondorf

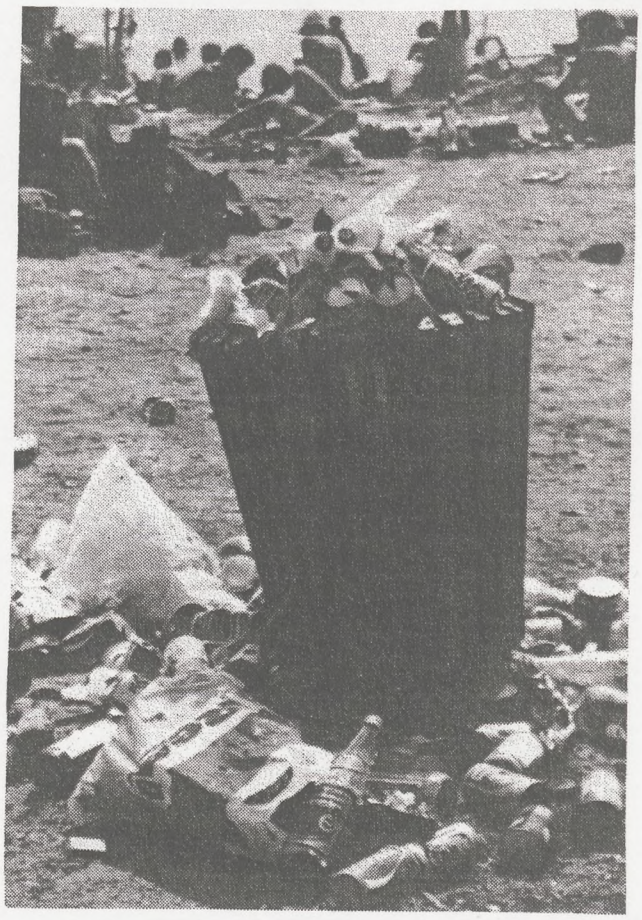
Fritz Vollmer
geb.1931
Geschäftsführer
Dußlingen

Liebe LeserInnen,

der nach rechts abgedriftete Konservatismus hat sich alter preußischer Traditionen und Werte wieder bemächtigt. Die Vermischung von nationalkonservativen und neofaschistischen Ideologien ist nicht nur bei Reps, *Junge Freiheit* und ähnlichen Neuen Rechten zu beobachten. Bis in höchste Kreise der CDU/CSU reichen die reaktionären und völkischen Umtriebe. Diese Thema beschäftigt uns in drei Beiträgen zu Nationalkonservatismus, zum Rep-Wahlkampf in Mössingen und zur rechtsextremen Zeitung *Junge Freiheit*. Ein weiterer Artikel nimmt sich der von CDU/CSU und SPD forcierten Kampagne zur Inneren Sicherheit an.

Wir fordern unsere werte LeserInnenschaft auf, zu aktuellen Themen, Veranstaltungen etc. sich in Wort und Bild in der TANZ zu äußern. Artikel, LeserInnenbriefe etc. gehen bitte an unten genannte Adresse.

Zeitungskollektiv der Tanz



TANZ
tübinger antifaschistische zeitung

Nummer 6, Juni/Juli 1994

V.i.S.d.P.: E. Greiner, Fichtenweg 8,
72076 Tübingen

Kontakt und Post über: Haus- und Infocafé, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen.
Das Info-Café hat nichts mit Herstellung und Vertrieb der Zeitung zu tun.

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht aus-gehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

S.2 Liebe LeserInnen
S.3 Kleingeister und Großmäuler
S.5 Hängt sie höher!
S.6 Wohin treiben die Konservativen?
S.8 Broschüre über Reps
S.9 Mit der Angstkampagne in den Polizeistaat
S.12 Junge Freiheit (Teil 2)
S.15 Fluchtgrenzen
S.16 Ganz normale Männer
S.17 Nationalistische Einheitsfeier
S.18 Polizeiterror gegen antifaschistischen Widerstand

Kleingeister und Großmäuler

Die REP-Großveranstaltung in Mössingen

1. Hinter der Absperrung

"Es ist uns bewußt, daß die Teilnahme an einer Republikaner-Versammlung heute ebensoviel persönlichen Mut erfordert wie in der ehemaligen DDR ein Besuch bei Bürgerrechtlern!" Karl August Schaal bittet mit markigen Worten zur Veranstaltung der Reps nach Mössingen. In seiner persönlichen Einladung an die Freunde und Mitglieder der Partei betont er, daß es nicht zuletzt von der Mitarbeit und der Teilnahme der Angesprochenen abhänge, daß es eine erfolgreiche und gute Sache werde. Wie wahr!

Es ist keine gute Sache geworden, und das hing nicht zuletzt davon ab, daß lediglich 100 bis 150 SympathisantInnen der Faschisten den Weg ins Bierzelt gefunden hatten. Drinnen floß reichlich Alkohol, während draußen die Sonne schien. Es muß wohl als großes Glück angesehen werden, daß die Veranstaltung der Reps nicht unter freiem Himmel stattfand, denn seit den unheilvollen Vatertags-Ereignissen in Magdeburg weiß jeder und jede um das gefährliche - nichtsdestotrotz aber leicht zu entschuldigende - Zusammenspiel von Sonne und Alkohol. Über den Fraktionsvorsitzenden der Reps im Stuttgarter Landtag, Rolf Schlierer, viel Worte zu verlieren, wäre Platzverschwendung. Immerhin mutet es erstaunlich an, daß Schlierer zum Begriff Zuwanderung wohl ein Synonymwörterbuch aufgeschlagen hat.

Die Kreistagsabgeordneten waren auch da. Und damit alle wissen, wem wir im Juni auf keinen Fall eine Stimme geben dürfen, haben wir uns die Mühe gemacht, die Bärtchen, die auf der Titelseite zu sehen sind, wegzuretuschieren.

Karl - A. Schaal Mdl
geb.1935 3 Kinder
Kaufmann

Peter Ostermaier
geb.1944
Straßenwart

Günther Reutter
geb.1959 3Kinder
Landmaschmechmstr.

Otto Lutz
geb.1941
Postfacharb.

Irmgard Rupp
geb.1932 1Kind
Angest.i.R.

Fritz Vollmer
geb.1931
Geschäftsführer

Sigfried Beck
geb.1940 3 Kinder
Postbeamter

Karl Höckh
geb.1934
Getränkehändler

Irene Freund
geb.1948 3 Kinder
Büroangestellte

Horst Grammel
geb.1944
Maler

Hugo Freund
geb.1948
Fernsehmech.

Die Reihe der Helfer und Helferinnen läßt sich eweitern: So zeichnete Günther Reutter für das Austragen der Wahl-Werbung verantwortlich, und Familie Lajda kümmerte sich um den Getränke-Service. Darüberhinaus sorgten etliche Ordner und Ordnerinnen um den Geländeschutz. Während die SympathisantInnen der Faschisten von einer zierlichen Frau im roten Kostüm persönlich begrüßt wurden, patroullierten deutsche Jungmänner im Hintergrund. Im folgenden reproduzieren wir einige Fotos, auf denen ganz eindeutig Ordner und OrdnerInnen bzw. Funktionäre der Reps zu erkennen sind. Die Bilder sind uns von verschiedenen Leuten zugeschickt worden. (das fanden wir übrigens echt toll - könnt ihr öfters machen!).

2. Vor der Absperrung

"Dies ist die letzte Aufforderung. Bitte räumen Sie den Zugang frei!" Nichts passierte. Gegen 19.30 Uhr rückte eine halbe Hundertschaft Bereitschaftsbullen in Helm und mit Schlagstock gegen die Blockierenden vor. Rund 500 DemonstrantInnen (nach Schätzungen der Schergen) hatten sich um diese Zeit vor den Absperrungen versammelt und den Zugang zum Bierzelt der Faschisten versperrt. Viele Schüler und Schülerinnen aus Mössingen und Umgebung kamen der Aufforderung der Polizei, die mit drei Hundertschaften das Gelände abgeriegelt hatte, nicht nach. Im darauffolgenden Gedränge und Geschiebe konnten die Bullen eine leidlich begehbare Gasse freiräumen, die es den BesucherInnen der Veranstaltung erlaubte, zumindest unter ohrenbetäubendem Lärm das Fascho-Areal zu betreten. Daß die Bullen vom Schlagstock nicht Gebrauch machten, lag sicher daran, daß viele KundgebungsteilnehmerInnen noch sehr jung waren. Gegen diese in gewohnt brutaler Art vorzugehen, hätte der Einsatzleitung sicher keine positive Berichterstattung beschert (zumal die gefürchtete links-alternative Lehrerszene Mössingens im Falle eines Schlagstockeinsatzes eine Protestnote nach der anderen eingereicht hätte). Es ist anzunehmen, daß die Bullen gerne anders gehandelt hätten. Das wird schon daraus ersichtlich, daß vor Beginn der Veranstaltung ein Flugblatt verteilt wurde, in dem die Polizeidirektion Tübingen dazu aufrief, sich von potentiellen Gewalttätern zu distanzieren. Diese würden den Schutz der Masse benutzen und aus ihm heraus Gewalttaten verüben. Vielleicht sei an dieser Stelle einmal die Frage erlaubt, ob da der Kern der Geschichte nicht ein bißchen verdreht wird. Die angereisten Autonomen aus Tübingen und Reutlingen demonstrierten genauso friedlich wie die SchülerInnen aus Mössingen. Es steht eher zu vermuten, daß etliche gewalttätige Elemente in Helm und Kampfanzug den Schutz der friedliebenden Masse der Bereitschaftspolizei mißbrauchen wollten, um aus dieser heraus das Grundrecht der Versammlungsfreiheit anzugreifen. Nur dem beherzten und bedingungslosen Eingreifen der anwesenden AntifaschistInnen ist es zu verdanken, daß die Bullen nicht mehr Schaden anrichten konnten.

Hängt sie höher!

Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Republikaner-Wahlkampfplakates

In Tübingen hängen sie dieses Jahr schon vier oder fünf Meter hoch. Es sind nicht viele, vielleicht zwanzig Stück. Sie kleben vornehmlich über den Ausfallstraßen und den großen Kreuzungen. Schön blau sind sie. Dummerweise kann man vom Erdboden aus aber kaum noch erkennen, was drauf steht. Rettet das deutsche Mark oder so ähnlich. Typisch.

Nächtelang saß ich über meinem Schreibtisch und hab mir überlegt, von welchen Faktoren die Höhe des Rep-Plakats abhängt. Wie ist es zu erklären, daß es in Tübingen eine lichte Höhe von 4,5 Metern erreicht, während das durchschnittliche Nazi-Plakat in Dusslingen nur etwa drei Meter über dem Erdboden hängt. Zum Vergleich: ein herkömmliches SPD-Plakat hängt landesweit bei etwa anderthalb Metern. Wenn man mit dem Auto (oder dem Rad) in Richtung Schwäbische Alb fährt, dann kann man schon mal einen Rep-Anschlag finden, der so tief hängt, daß er eine spontane Vernichtungsaktion zuläßt. Bei der Rep-Großveranstaltung am 30.5.94 in Mössingen standen die Hartfaserplatten sogar auf dem Boden. Aber ich hab gepennt und mußte die letzte mit einem Freund teilen.

Zurück zur Mathematik: die Höhe (h) errechnet sich aus der Quadratwurzel der Einwohnerzahl (E) geteilt durch die Zahl der ortsansässigen Terroristen und Terroristinnen (T). Zieht man den Umkehrschluß, ergibt sich für Tübingen somit eine Terroristenzahl von 61 ($\sqrt{75000}/4{,}5$). Diese Zahl deckt sich ziemlich genau mit der Zahl derjenigen Personen, die Innenminister Birzele vorletztes Jahr von seinen Schergen ausspionieren ließ. Wer sagts denn?

Wie dem auch sei, das Ende der Nazi-Propaganda ist abzusehen. Die einen hauen die Plakate zu Klump, die anderen hängen sie jedes Jahr einen Meter höher. In zwei oder drei Jahren werden wir nur noch kleine blaue Punkte am Himmel sehen. Was habe ich kürzlich auf ner Demo gehört: Nazis ins Weltall? In diesem Sinne: hängt sie höher!

Wohin treiben die Konservativen?

Der neue alte Nationalkonservatismus

Rassismus und Nationalismus sind keine ausschließlichen Produkte der äußersten politischen Rechten. Vielmehr entstehen menschenfeindliche Ideologien auch aus der Mitte der politischen Landschaft heraus. Den Tübinger Rechtsausleger der CDU im Gemeinderat, Helmut Kost, so ist zu befürchten, verbindet mit K.A. Schaal (Rep-im Landtag) eine Nähe ihres Konservatismus zum Faschismus.

Diese kleinen Tübinger Geister stehen nur am Rande einer breitangelegten reaktionären Wende. Während für die Reps die rechtsextremistische Ausrichtung immer Programm war, erinnert sich nun die sogenannte christliche Mitte alter nationalistischer Ideologien.

Der "linke" Flügel der CDU, für den Rita Süssmuth, Heiner Geißler und andere stehen, ist parteipolitisch weitgehend isoliert worden durch die Neue Rechte um den Hardliner Wolfgang Schäuble (Fraktionsvorsitzender und zweiter Vorsitzender der CDU) oder Leute wie Manfred Kanther (Innenminister) und Volker Rühe (Verteidigungsminister). Folgerichtig fragen die AutorInnen des neu erschienen Buches *Deutsche Demokraten* im Untertitel danach, wie rechtsradikal CDU und CSU einzuschätzen seien. Eine der AutorInnen, Charlotte Wiedemann, umschreibt die Merkmale der Poltik der konservativen Rechten: "Betonung des starken Staats versus liberalen Bürgerrechten; Abbau sozialer Sicherungen; Suche nach einer hegemonialen Rolle in der Außen- und Militärpolitik; Wiederbelebung eines biologistischen Frauenbildes; Verkoppelung von ethnischem Homogenitätsstreben und Wohstandschauvinismus. Und schließlich, in vielem verwoben das Selbstbewußtsein, aus Auschwitz sei nichts mehr abzuleiten." (S.9) Die fehlende Einsicht in die Grundlagen der faschistischen Herrschaft, die Ablehnung jeglicher deutscher Schuld am Holocaust, die Unfähigkeit, analytisch den Zusammenhang von Herrschafts- und Wirtschaftsform und Faschismus zu verarbeiten, läßt einer selbstgefälligen, dem Recht des Stärkeren verbundenen Ideologie wieder den Platz, den sich Nationalkonservative und Nazis für sie lange gewünscht haben.

Das Neue an der konservativen Politik ist die schamlose Rückbesinnung auf alte Formeln totalitären Denkens. Mit alten Parolen von Nation, Familie, Heimat und Volkstum werden scheinbar urmenschliche Werte propagiert, welche eine fortschrittliche Ethik, in der Werte wie Toleranz, Offenheit für Menschen und Lebenserfahrungen Platz finden, durch stereotype Verhaltenmuster ersetzen sollen. Diese repressiven Vorstellungen von Mensch und Gesellschaft sind unter anderem aus dem alten Klasseninteresse der herrschenden gesellschaftlichen Gruppen erklärbar. Der deutschen WählerInnenschaft wird als politisches Ziel der Konservativen eine auf Traditionen aufbauende reine und heile Welt mit viel Pathos vorgegaukelt. Währenddessen betreiben die gleichen Politiker und Wirtschaftsstrategen weiter die Planungen am bürokratischen Machtapparat eines autoritären Staates. Nicht zu übersehen sind dabei die Widersprüche zwischen Technokraten wie Kohl und Schäuble, die an einem modernisierten Europa arbeiten, das nach innen leidlich demokratisch, aber umfassend funktional die Menschen verwaltet und nach außen imperialistisch wirkt, und Nationalisten alter Schule wie Gauweiler, Mayer-Vorfelder und anderen. Während die Deutschtümeleien der letzteren antiquiert wirken und durch die Vernetzungsprozesse innerhalb des europäischen Kapitals und zwischen den Staaten wenig perspektivisch erscheinen, zeigen die AutorInnen des Buches, wie eine im Sinne der herrschenden Cliquen erfolgreiche Verknüpfung von modernem Kapitalismus und traditionellem Nationalismus umsetzbar sein könnte. Es ist der Versuch, den enthemmten Wirtschaftapparat durch den technokratischem Abbau der liberalen Grundfreiheiten zu stabilisieren und zu erweitern und das Ganze als identitätsstiftend zu

tarnen: Dem alten amerikanischen Modell des Konsumismus (''Coca-Cola-Kultur'') wird ein ''eigener'' europäischer ''Kulturgendanke'' alter Werte entgegengesetzt. Die Europäische Union und nationaler Chauvinismus werden verknüpfbar durch die Stärkung nationaler Ideologien bei gleichzeitiger Verwirklichung gesamteuropäischer Wirtschaftsinteressen. Ob das funktionieren kann, mag bezweifelt werden. Propagiert wird die europäische Einheit nach außen und die nationalistische Identität der Völker in den einzelnen Mitgliedsstaaten in immer stärkerem Ausmaß. Die ''Vision'' Europa ist schon nur noch eine ''Vision der gemeinsamen Bekämpfung wirschaftlicher Feinde''. Diese Propagierung der runderneuerten Vorstellung eines Europa der Nationalisten ist schon länger nicht mehr den Faschisten vorbehalten (Faschistenchef Fini in Italien und die Reps vertreten ja solch ein Europabild). Besonders der CDU-Vize Wolfgang Schäuble, der wie kein anderer in der CDU eine völkische Vision mit gesellschaftlicher Modernisierung verknüpft, ist hier zu nennen. Bei ihm nimmt, so schreibt Charlotte Wiedemann, die nationalkonservative Ideologie eine totalitäre Gestalt an. ''Homogen im Inneren, abgeschottet nach außen - das gehört für die Chefideologen der Konservativen zusammen.'' (S.96) Schäuble war es auch, der die Vereinheitlichung der europäischen Gesetze zur Inneren Sicherheit (Schengener Abkommen zu Polizeizusammenarbeit, Datenaustausch, Ausländerrecht, ''Terrorismusbekämpfung'' etc.) mitforciert hat. Die Repressionsapparate zusammenschließen, den freien Fluß von Kapital und Arbeit gewährleisten, die politische und soziale Homogenisierung der Europäischen Union vorantreiben sind die ''fortschrittlichen'' Bereiche des Planes. Die nationalistische Seite wird belebt mit einem alten Menschenbild: Der Mensch als einzelner ist fehlbar und sollte sich deshalb unterordnen als Diener der Volksgemeinschaft. Der Mann dient dem Staat oder dem wirtschaftlichen Wohl, die Frau soll wieder weitestgehend Dienerin der Familie werden. Der Platz der Familie rückt demnach wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft, der Volksgemeinschaft. Im Klartext fordert Schäuble dazu: ''im Grenzbereich zwischen den Freiheitsrechten des Einzelnen und den Eingriffsrechten des Staates die Abwägung nicht blauäugig im Sinne des optimistischen Menschenbildes von Liberalen oder Sozialisten vorzunehmen.'' Und weiter: ''Als Christen wissen wir, daß die Fehlerhaftigkeit des Menschen unaufhebbar ist.'' (S. 93)

Neben der Fehlerhaftigkeit von ''falsch verstandener Freiheit'' kommt die größte Bedrohung für die glückliche Gemeinschaft der Dienenden, wie könnte es anders sein, aus dem Ausland. Darum muß eine gesetzlich wirksame Abgrenzung gegen äußere ''Störenfriede'' wie Flüchtlinge oder innere Feinde, wie SozialhilfeempfängerInnen oder Andersdenkende möglich werden. Der Staat übernimmt die Überwachungsfunktion gegen diese ''Problemgruppen''. Um dies durchzusetzen, dient auch Schäuble seinem Staat. Er sieht dies als eine patriotische Notwendigkeit.: Übertragen auf alle bedeutet dies mit seinen Worten: ''Patriotismus ist nichts alltägliches'', ''unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus gebrauchen'', weil es sich bedauerlicherweise zum Wohlfahrtsstaat entwickelt habe (Vgl 143). Der modernistisch-nationalkonservative Flügel der CDU/CSU um den Fraktionsvorsitzenden Schäuble schaffte es denn auch, auf der einen Seite die offenen Grenzen Europas dem Volk als liberale Freiheit schmackhaft zu machen und gleichzeitig die Grenzen für Flüchtlinge aus aller Welt zu verriegeln. Schäuble hetzte in der Sprache der Rassisten auf die sogenannten ''Scheinasylanten'', und bekanntlich wurde durch die Regierung mit Hilfe der faschistischen Pogrome in Hoyerwerda und Rostock die Verschärfung der Asylgesetze im Bundestag durchgedrückt.

Vor allem Schäuble gelingt es immer wieder, verfassungsrechtliche Tabus zu brechen und die CDU auf seine Linie zu bringen. Sein neuster Vorstoß ging in Richtung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren (gegen innere Feinde - es ist ausrechenbar, wen er damit meint) und zum Schutz der deutschen Ostgrenze gegen EinwanderInnen aus den osteuropäischen Ländern und anderen Flüchtlingen, die diesen Weg zu gehen versuchen. Die Grenze zu Polen erscheint Schäuble, wie er immer wieder betont,

im übrigen auch nicht entgültig. (''wir alle wissen, daß Ostdeutschland noch weiter östlich liegt'', Schäuble zitiert nach S.145)

Schäuble ist kein genialer Vordenker der Neuen Rechten, aber er spricht offen aus, was andere nur zu denken wagen. Und er erntet immer weniger Kritik für seine verfassungsfeindlichen Spekulationen. Der Herausgeber der *Nationalzeitung,* Gerhard Frey, klatscht solcher Politik Beifall und kann sich inzwischen schon einen Bundeskanzler Schäuble und einen Präsidenten Kohl für die BRD vorstellen.

Im Mikrokosmos

Der schwäbische Randalierer Kost und seine Mitstreiter aus dem *Konservativen Gesprächskreis* (bei dem auch Mayer-Vorfelder vorträgt) ist sicherlich nicht inhaltlicher Motor einer solchen Entwicklung. Aber die rechtsradikalen CDU-Parlamentarier und Gemeinderäte stellen das wichtige Fußvolk dar, das an Stammtischen und über Leserbriefspalten zur Verbreitung des neuen Vorurteildenkens beitragen.

Zweifelsfrei ist die vorhandene parteipolitische Trennung von CDU-Rechten und Republikanern in vieler Hinsicht eine taktisch bedingte. Das was im politischen Mikrokosmos Tübingens an den eher dümmlichen Blut und Boden Geschwafel Kosts und Schaals an Gemeinsamkeiten ablesbar ist, kann auf Bundesebene als gefährliche Bewegung der Konservativen ins nationalistische Lager bewertet werden. Die Verschiebung der gesellschaftlichen Wahrnehmung hin zu rassistischen und nationalistischen Inhalten, die immer häufiger offen zu Tage tretenden dumpfen Vorurteilsstrukturen in den Köpfen der Deutschen finden ihr Pendant in der Verschiebung der konservativen Politik hin zu offen antidemokratischen rechten Praktiken.

Wo Helmut Kost herumpöbelt und beispielweise davon spricht, daß StudentInnen in Tübingen das Mitbestimmungsrecht (z.B. bei der Mühlstraßenabstimmung) abzusprechen sei, weil sie keine einheimischen TübingerInnen seien, da gedeiht schon prächtig die groteske, aber in sich geschlossene Haltung der Fremdenfeindlichkeit. Diese ''Wir sind Wir'' - Haltung findet ihren Ursprung in einer negativen reaktionär-christlichen, rassistischen und sexistischen Lebensbetrachtung. Sie speist sich nicht direkt aus faschistischen Anschauungen, ist jedoch begründet auf einem ähnlich negativen und selektierenden Menschenbild, wie es eben vielen Religionen und dem Nazismus anhaftet. Dieser konservative Kulturpessemismus verleitet Leute wie Kost genauso wie Schaal zur Politik der Ausgrenzung, zum Leistungswahndenken, zum patriachalen Größenwahn. Inwieweit diese Politik und Lebensart sich durchsetzen kann, können wir in Zukunft sowohl auf Bundesebene wie auch im kleinen regionalen Kreis und letztlich auch in unserer eigenen Alltagswelt ablesen.

Literatur: Sieber, U./ Siegler, B./ Wiedemann, Ch. u.a.: Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU? Verlag die Werkstatt 1994. (Alle Zitate sind diesem Buch entnommen.)

Broschüre über Reps im Landtag

Die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg hat zur Abwechslung etwas Brauchbares erstellt: eine Broschüre über den gepflegten Dilletantismus, den die Rep-Faschisten im Landtag betreiben. Ausführlich wird über die verschiedenen ''Anfragen'', ''Stellungsnahmen'' und Kommentare der Republikaner berichtet mit dem Fazit, daß die Reps mehr oder minder die Ein-Punkte-Partei geblieben sind, die sie immer waren: Fremdenhaß, gepaart mit dumpfen Nationalismus. Federführend für die Broschüre war der SPD-Abgeordnete Gerd Weimer.

Anfragen und Bestellungen gehen an: SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Gerd Weimer, parl. Geschäftsführer.

Die Broschüre heißt: Rechtsextremismus im Parlament - Eine Dokumentation über die REPs

Mit der Angstkampagne in den Polizeistaat

Das neue "Verbrechensbekämpfungsgesetz"

Am 20.5. verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition das neue sog. Verbrechensbekämpfungsgesetz. Der Gesetzentwurf der SPD, der dem der Union in nichts nachsteht, und sogar noch den großen Lauschangriff vorsieht, scheiterte am Widerstand der FDP.
Die Verabschiedung dieses Gesetz geht einher mit einer intensiven Medienkampagne die die "Organisierte Kriminalität" zum größten Feind für die Innere Sicherheit hochstilisiert und eine Schreckensstatistik nach der anderen veröffentlicht. Das offentsichtliche Ziel dieser Kampagne: Der weitere Ausbau polizeilicher Befugnisse und breite Zustimmung für härteres Vorgehen.

In den Medien wird schon seit Monaten mit reißerischen Reportagen über die organisierte Kriminalität und deren Gefahr für den Inneren Frieden berichtet. Berichte über die "polnische Automafia", die "Russenmafia" oder die besonders hinterhältigen Hütchenspieler sollen den Eindruck erwecken, jede/r sei in Gefahr, Opfer der organisierten Kriminalität zu werden.

Der Erfolg zeichnet sich ab: 70% aller Wessis und 90% aller Ostdeutschen sind der Meinung, daß die Innere Sicherheit durch das organisierte Verbrechen bedroht ist, und immerhin 2/3 aller Deutschen fühlen sich durch "Kriminelle" persönlich bedroht.

Zahlen und Statistiken

Diese gezielte Angstkampagne wird mit Zahlen und Statistiken untermauert. So wird der Anstieg der Kriminalität zwischen 1992 und 1993 mit ca. 10% angegeben und daraus eine steigende Bedrohung der BürgerInnen abgeleitet. Tatsächlich zeigen diese Zahlen lediglich die Steigerung der eingeleiteten Verfahren.

Als die Bereiche mit der größten Steigerung werden angegeben:
- Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz (46,1%)
- Ladendiebstahl (13,3%)

Das rassistische Asylgesetz z.B. verbietet Flüchtlingen den Landkreis, in den sie in ein Lager gesteckt wurden, zu verlassen. Werden sie von den Bullen in einem anderen Landkreis angetroffen, ist das eine Straftat, die in der Statistik unter "Ausländerkrimi-

nalität'' abgehakt wird.

Bei Ladendiebstahl ist nicht klar, ob es sich um eine tatsächliche Steigerung handelt oder ob es auf den verstärkten Einsatz von Ladendetektiven zurückzuführen ist. Klar ist, daß Ladendiebstahl keine individuelle Bedrohung darstellt. Vielmehr wird in den letzten Jahren immer offentsichtlicher, daß zwischen Ladendiebstahl und Sozialabbau ein deutlicher Zusammenhang besteht.

Viele Bereiche der Kriminalität entstehen erst daurch, daß der Staat Teile der Bevölkerung diskriminiert und kriminalisiert. Ein gutes Beispiel dafür ist das Betäubungsmittelgesetz (BtMG), das die BenutzerInnen von nicht erlaubten Drogen zu Kriminellen und sozial Geächteten abstemmpelt. Durch die Illegalität werden die Preise in die Höhe getrieben, und vielen Drogenabhängigen bleibt kaum eine andere Möglichkeit als die Beschaffungskriminalität. Eine Legalisierung aller Drogen würde die sog. Beschaffungskriminalität abschaffen,- völlig gesicherte Zahlen dafür gibt es nicht, aber Untersuchungen sprechen davon, daß ca. 50% der Eigentumsdelikte im Zusammenhang mit dem Kriminalisierten Drogenkonsum stehen.

In guter deutscher Tradition

Doch Ziel dieser Kampagne ist es nicht zu verhindern, daß immer mehr Menschen in die illegale Geldbeschaffung gedrängt werden. Stattdessen werden rasistische Vorurteile, Bedrohungsängste und soziale Ausgrenzung geschürt, um breite Zustimmung für die geplanten Verschärfungen zu erhalten. Laut Kanther sind diese eine ''unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft''.

Der Ausbau der staatlichen Gewalt und Machtbefugnisse hat in Deutschland eine lange und blutige Tradition. Auch wenn nicht immer begründet, so spielte in den Köpfen der Sicherheitsstrategen die möglicherweise notwendige Zerschlagung der Linken immer eine bedeutende Rolle. Kein Wunder, wurde doch der Polizeiapparat nach 1945 auch von vielen ehemaligen Nazis und im Nationalsozialismus wohlverdienten Beamten aufgebaut. Schon bald nach dem Krieg wurden die Auflagen und Einschränkungen, die durch das Potsdammer Abkommen festgelegt waren, ignoriert und unterlaufen.

Wichtige Punkte in dieser Hinsicht waren: Die Notstandsgesetze von 1968, die den Einsatz der Bundeswehr im Innern vorsehen und sämtliche demokratische Gremien außer Kraft setzen. Der Polizeiaufbau in den 70ern (Computer, GSG9 usw.), der allein zwischen 1971 und 1978 146 Tote durch polizeiliche Todesschüsse forderte, und letztendlich im Deutschen Herbst 1977 (6-wöchiger quasi Ausnahmezustand, algemeine Nachrichtensperre, Kontaksperre für 70 Gefangene) und der Ermordung von vier RAF-Gefangenen in Stammheim seinen blutigen Höhepunkt fand. Der Staat demonstrierte damit, wozu er in der Lage ist. Und Ende der 70er, Anfang der 80er dann der flächenddeckende Aufbau der Spezialeinheiten der Bereitschaftspolizei (Sondereinsatzkommando SEK, Mobiles Einsatzkommando MEK, und Präzisionsschützenkommando PSK). Vor allem die beiden ersten werden hauptsächlich auf Demos und Aktionen gegen Linke und AntifaschistInnen eingesetzt.

Die neuen Feinde - organisierte Kriminalität und "extremistische Ausländer"

In den 70er Jahren mußte der sog. ''Terrorismus'', in den 80er Jahren die sozialen Bewegungen gegen Atomkraft, Aufrüstung, WAA, Startbahn oder Häuserkampf als Legitimation für härtere Polizeigesetze herhalten. Heute wird zu diesem Zweck der Begriff ''Oganisierte Kriminalität'' konstruiert, unter dem sich beliebig viel zusammenfassen läßt. Dazu kommt noch die ganze rassistische Hetze gegen ''kriminelle und extremistische Ausländer'', die auf den rassistischen Konsens in der BRD zugeschnitten ist. Um der liberalen und kritischen Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, wird seit Neuestem noch der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt angeführt. Diese Argumentation mußte vor allem für die Einführung von Schnellprozessen, präventiver Unterbringungsgewahrsam, spezielle Ermittlungsrichter für ''reisende Gewaltäter'', U-Haft schon bei Haus und Landfriedensbruch usw herhalten.

Diese Gesetze richten sich erfahrungsgemäß hauptsächlich gegen Linke und fortschrittliche Bewegungen, deshalb ist es auch fatal, wenn AntifaschistInnen härtere Strafen für Neonazis fordern, weil sie damit einen Bumerang abwerfen, der auf sie selber zurückkommt. Daß der angekündigte Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit pures Geheuchel ist, wird dann noch viel deutlicher, wenn mensch sich anschaut, wie Kanther und seine Polizeistrategen gegen die politische Selbstbestimmung und Organisierung von AusländerInnen und Flüchtlingen vorgehen wollen.

Nach wie vor wird Menschen ohne deutschen

Paß keinerlei Möglichkeiten der politischen Einflußnahme zugestanden. Wenn sich dann wie in Berlin ImmigrantInnen zusammenschließen und sich aktiv gegen Naziterror und Rassismus zur Wehr setzen, werden sie hart bestraft.

Fünf AntifaschistInnen der vor allem von türkischen/kurdischen Leuten getragenen Antifa Genclik sitzen seit November 93 im Knast, weitere werden noch gesucht. Ihnen wird vorgeworfen, den Nazi Gerhard Kaindl (Deutsche Liga) im Verlauf einer Auseinandersetzung getötet zu haben. Die Anklageschrift, die jetzt im April vorgelegt wurde, wirft ihnen vor, auf der Grundlage eines gemeinschaftlichen Tatplans aus ''niederen Beweggründen'' einen Menschen ermordet zu haben. Die niederen Beweggründe seien politisch motivierter Haß. Es geht hier gegen fünf Menschen, die sich immerhin des Verbrechens schuldig gemacht haben, gegen Nazis zu sein. Einige von ihnen besaßen darüberhinaus auch noch die ''kriminelle Energie'', sich seit Jahren gemeinsam mit anderen MigrantInnen gegen rassistische Morde und faschistische Mobilisierungen in diesem Land zur Wehr zu setzen. Deshalb waren sie dem Staats- und Verfassungsschutz schon seit langem ein Dorn im Auge. Mit Hilfe zweier angeblich tatbeteiligter Hauptbelastungszeugen konstruiert die Staatsanwaltschaft nun aus ihnen eine blutrünstige Killerbande, die aus ''niederen Beweggründen ''Menschen überfällt und umbringt''. Sowohl die Aktion als auch die Angeklagten sollen somit auf eine Ebene mit den Mordbrennern von Hünxe, Mölln und Solingen gestellt werden.

Ein weiterer Vorgeschmack davon, wie die BRD mit politisch aktiven MigrantInnen umzugehen gedenkt, ist die Kriminalisierung und die Hetze gegen KurdInnen, die hier in der BRD leben und es wagen, den Völkermord in Kurdistan und die Rolle der BRD dabei anzugreifen. 35 kurdische Arbeiter- und Kulturvereine wurden verboten. Der Widerstand dagegen war verhältnismäßig groß. Und jetzt ist im neuen Verbrechensbekämpungsgesetz ein ''kollektives Verbot von Ausländervereinen'' rechtlich voll abgesichert.

Fazit

Gesetzesverschärfungen für den Bereich Innere Sicherheit sind nichts Neues. Erschreckend ist, daß diese Verschärfung genauso forciert wird wie die gerade ''erfolgreich'' beendete Asyldebatte, auf die jetzt inhaltlich aufgebaut werden kann.

Für Innenminister Kanther geht es um eine ''Tendenzwende,- weg von der positiven Täterbetrachtung.'' Und BKA-Chef Zachert meint, daß man der Bevölkerung sagen müsse, daß ''in bestimmten Bereichen die polizeiliche Effizienz nicht mehr gegeben ist, weil es der Rechtstaat nicht will''. Es ist schon bemerkenswert, wie der oberste Polizist einen Gegensatz zwischen Rechtstaat und polizeilicher Effizienz konstruiert und seinen Maßstab für effizientes Handeln offenlegt: den Polizei- und Wilkürstaat.

Mit der Abschaffung des Artikel 16 und den ''Out of Area'' Einsätzen der Bundeswehr hat die Diskussion um die Abschaffung und Infragestellung demokratischer Rechte begonnen, die teilweise hart erkämpft wurden. Die Art, wie Staat, Parteien und Wirtschaft ihre Interessen durchsetzen, bekommt eine neue Komponente, - sie geben jetzt offen zu, daß sie auf Grund- und Menschenrechte keinen Wert legen und daß diejenigen, die nicht in das Konzept von ''Festung Europa'' unter deutscher Führung passen, nichts mehr zu lachen haben. Die sonst so hochgelobte Verfassung und die Menschenrechte, auf deren Einhaltung die BRD sonst immer andere Länder gedrängt hat, scheinen den Interessen des neuen, wiedervereinigten Deutschlands entgegenzustehen.

Junge Freiheit (Teil 2)

In der Fortsetzung unseres Artikels der letzten Ausgabe (Tanz Nr. 5) geht es in Teil 2 um die personellen Verflechtungen der Jungen Freiheit und den Umgang der Linken mit der JF.

Auf die Verflechtungen im rechten Spektrum wurde in Tanz Nr.5 schon eingegangen. Zur Erinnerung seien noch einmal die Verbindungen zu anderen rechtsextremen Zeitschriften wie "Criticon" und "Europa Vorn" sowie zu Burschenschaften und Reps genannt. Die Junge Freiheit (JF) streckt ihre Fühler aber mittlerweile über das konservative bis ins linke Spektrum hinein aus.

Im Sommer 1991 gratulierten zum fünfjährigen Bestehen der JF z.B. Armin Mohler (K.-Adenauer Preisträger) und Heinrich Lummer (CDU). Alfred Mechtesheimer (Friedensforscher und Ex-MdB der Grünen) freute sich in dem Zusammenhang darüber, daß die JF "einen Beitrag zur Befreiung vom Nationalkomplex der Deutschen geleistet" habe. Anfang dieses Jahres wünschten "alles Gute zum Start der Wochenzeitung": Herbert Fleissner (Geschäftsleiter der Verlagsgruppe Ullstein Langen Müller); Klaus Motschmann (Redakteur bei "Criticon" und Professor für Politologie an der Hochschule der Künste Berlin) mit den Worten, endlich werde den "Mechanismen des Meinungskartells der Tabukonservatoren etwas entgegengesetzt". Dekan Rolf Sauerzapf (Leiter der evangelischen Seelsorge im Bundesgrenzschutz und Autor in "Criticon") betonte zu diesen Anlaß, daß er über die JF der "kränkelnden westlich liberalen Bundesrepublik ein Quentchen christlich preußischen Ethos" zukommen lassen wolle. Und Ernst Nolte (Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin) gratulierte und betonte, in der deutschen Presselandschaft habe seit langem eine junge Zeitung gefehlt, "die einen Kontrapunkt zu der taz darstellt". Er wünsche sich, "daß in absehbarer Zeit ebenso viele Studenten in der U Bahn die JF lesen wie die taz". Erst dann könne es in den deutschen Universitäten, statt des "ertötenden Linkskonformismus" wieder "echte politische Auseinandersetzung geben".

Prof. Dr. Ernst Nolte

Am Beispiel des Studienzentrum Weikersheim in Stuttgart, Mörikestraße, lassen sich weitere Verflechtungen der JF gut verdeutlichen:

Das Studiumzentrum Weikersheim als Verbindung zwischen Konservativen und Rechtsradikalen

Das Zentrum wurde 1979 mit Spenden aus der Industrie gegründet. Präsident wurde der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger. Chefdenker war Günter Rohrmoser, Philosophieprofessor an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Zum Geschäftsführer wurde Albrecht Jens ernannt, der Autor in einigen rechtsextremem Zeitschriften wie "Zeitenwende" ist. Das Vorhaben war laut Rohrmoser, "der politischen, geistigen und moralischen Knochenerweichung" innerhalb der CDU ein Ende zu bereiten und gegen die sogenannten linken Tendenzen in der Gesellschaft anzugehen. Die Union solle die Frage der "nationalen und multikulturellen Zukunft der Deutschen" zum Hauptthema zukünftiger Wahlkämpfe machen, denn Deutschland sei einfach "kein Einwanderungsland". Rohrmoser empfiehlt in den "Weikersheimer Blättern" (Auflage 1400 Stück), in denen übrigens auch Bücher des Tübinger Grabert-Hohenrain Verlages vorgestellt werden, "die Rückkehr zu einem normalen Verhalten zur Nation".

Das Studienzentrum Weikersheim wurde durch die Bundesregierung seit 1988 mit 400.000.- DM unterstützt.

Verflechtungen mit der JF bestehen u.a. durch das Kuratoriumsmitglied Klaus Hornung, der in der JF für den rassistischen "Schutzbund für das deutsche Volk" schreibt. Außerdem sitzen im Kuratorium z.B. der Ex Arbeitgeberpräsident Otto Esser, der Brigadegeneral Heinz Karst und der emeritierte Informatikprofessor Karl Steinbuch, der schon für die Reps warb. Bis Mitte 1989 war auch Rolf Schlierer dabei, der dann das Kuratorium verließ, damit der "gute" Ruf des Studienzentrums gewahrt bliebe.

Referenten auf den Seminaren sind z.B. Wolfgang Strauß ("der Nationalsozialismus ist die Idee und ein Organisationsprinzip des sich selbst befreienden Volkes"), der Mitglied der Redaktion von

"Nation und Europa" ist, Wolfgang Schäuble (CDU/CSU Fraktionsgeschäfsführer), Joachim Starbatty (Professor für Volkswirtschaftslehre in Tübingen), Erwin Teufel und Volker Kähne (Chef der Berliner Senatskanzlei). Auf dem letzten großen Kongreß im Mai 1993, der unter dem Motto "Von Parteiverdrossenheit zur Staatskrise" stand, war eine bunte Mischung von VertreterInnen von rechts nach links (?) anwesend. Zu den ca 600 ZuhörerInnen sprach Alfred Stümper (Landespolizeipräsident a.D.) über "Kriminalität - das letzte Wachstum ohne Grenzen". Brigitte Seebacher-Brand philosophierte über "auf der Suche nach Staatsräson- Deutschland wohin?". Der Historiker Karl-Heiz Weißmann stellte die Forderung nach einer "politischen Pädagogik des nationalen Realismus". Rohrmoser hielt einen Vortrag "über die Unverzichtbarkeit der Nation" und verbreitete seine Thesen darüber, daß "bei uns in Deutschland eine Welt des ideologischen und liberalistischen Individualismus ohne jeglichen Wirklichkeitsbezug bis zu Tode gepflegt" werde. Zu all denen kam auch noch Rolf Stolz (Grüne), der sich über den "Raub der Heimat" und die "Überfremdung" und "völlige Entmündigung der bald wie ein Kolonialvolk behandelten eingeborenen Deutschen" ereifern mußte.

Hier kommen wir zu dem Punkt, an dem wir näher auf das Verhalten der (sogenannten) Linken mit der JF als Sprachorgan der Neuen Rechten eingehen.

Der Umgang der Linken mit der JF

Schließlich ist es nicht nur die als erzkonservativ bis faschistoid bekannte FAZ, die vom Kulturteil der JF schwärmt, sondern auch die taz schreibt in ihrer stumpfen Verblüffung anerkennend: "Themen wie die 'multikulturelle Gesellschaft','deutsche Identität','Nation','Gentechnologie' oder die 'neue Weltordnung' werden auf einem intellektuellem Niveau diskutiert, das Kreuzberger und Frankfurter Szenestammtischen bereits vor Jahren abhanden kam".

Was ist das also für ein Umgang?

Im September 1993 sollte in Potsdam eine Diskussion mit der JF, vertreten durch Chefredakteur Stein, über "Grenzen der Vergangenheitsbewältigung" stattfinden. Als Diskussionspartner hatten Gregor Gysi (PDS) und der Historiker Julius Schoeps zugesagt. Gysi spricht sich ausdrücklich für die "öffentliche Auseinandersetzung mit rechtskonservativen Positionen" aus und diskutierte deswegen auch schon mit Jörg Haider (FPÖ). Die Veranstaltung wurde vom OB von Potsdam Horst Gramlich (SPD) abgesagt und zwar nicht aus Angst vor Randale, sondern mit dem Argument, daß man "dem JF Chefredakteur kein Forum für seine rechten Ideen unter einem städtischen Dach geben" wolle. Die Reaktion ist erschreckend: statt anzuerkennen, daß eine solche Veranstaltung einmal aus Abgrenzung gegen rechts nicht stattfindet, beklagten sich auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der 1000-Jahrfeier verschiedene PolitikerInnen, KünstlerInnen u.a. über mangelnde Bereitschaft zur Auseinandersetzung. Es sei "notwendig, miteinander zu reden, wenn man in diesem Land zusammenleben wolle", meinte z.B. die Schriftstellerin Sigrid Grabner. Und der PDS-Politiker Rolf Kutzmutz kommentierte, Potsdam als Stadt der Toleranz existiere nur noch als nette Werbeaussage, nicht in der Realität.

Dr. Herbert Fleissner

Interviews in der JF gaben seit ihrem Bestehen schon einige als links geltende Personen. Da wären zu nennen: Günter Nenning (österreichischer Publizist), Claus Leggewie (Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Gießen), Wolfgang Kowalsky (Mitglied der IG Metall Grundsatzkommission), Eike Henning (Mitarbeiter der Beratungsgruppe der SPD Bundestagsfraktion zum Thema Rechtsextremismus), Johann Scheringer (Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Mecklenburg Vorpommern). Am frischesten im Gedächtnis ist wohl der Diplomphilosoph und Bürgerrechtler Wolfgang Templin. Sein Interview in der JF Anfang dieses Jahres löste in der taz eine Diskussion aus, ob mit Rechten geredet werden solle oder nicht. Templin selbst ist der Meinung, "daß man Leuten, deren Thesen einem nicht gefallen, nicht das Auto anstecken darf" und äußert sich weiter in bezug auf die Zitelmann-Affäre betreffs der Zeitung "Welt" für einen Dialog mit einer "demokratie -und dialogfähigen Rechten". Lesen wir von ihm den Ausspruch: "verantwortlicher Umgang mit der deutschen Geschichte kann die Fragen der nationalen Identität nach diesen Diktaturerfahrungen (gemeint sind der Nationalsozialismus und das DDR Regime - d. V.) nicht ausblenden", wird eine der Problematiken des

Kirchenrat Rolf Sauerzapf

Einlassens mit der Neuen Rechten in Diskussionen oder Interviews sofort deutlich. Nicht allein, daß das Gleichstellen von DDR und Nationalsozialismus eine unfaßbare Verharmlosung des Nationalsozialismus bedeutet. Die Frage nach "nationaler Identität" ist die Lieblingsfrage aller Rechten und zeugt von einem unverholenem Nationalismus bei Teilen der Linken, die nur froh zu sein scheinen, daß durch die Gesellschaftsfähigkeit der Rechten und ihrer Thesen darüber endlich wieder geredet werden darf.

Wenn Templin davon spricht, daß Verbotszonen zu durchbrechen seien, wenn er sagt, daß Konfliktpunkte demokratisch und nicht aus der Deckung des eigenen Lagers zu führen seien, macht er die intellektuellen Vorbereiter der Verbrechen in Rostock, Solingen, Lübeck (...) zu Demokraten, deren Argumente es wert seien, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Wenn Kowalsky nicht glaubt, "daß die 'Neue Rechte' in Deutschland momentan ein ebenbürtiger Diskussionspartner" sei, widerspricht er sich selbst, da *er* es ist, der in der JF Interviews gibt, angeblich entsprechend journalistischen Spielregeln. Doch wer bestimmt diese Spielregeln: Gefragter oder Frager? Wenn er weiter behauptet, es sei noch nicht "die Stunde des großen intellektuellen Schlagabtausches", vergißt er die Ermordeten, Mißhandelten, Gedemütigten, für die der Schlag schon längst gekommen ist. Er vergißt die Andersaussehenden, Andersgesunden, Andersdenkenden, die jeden Tag zu Opfern werden können. Ist es für Kowalsky ein großes Spiel, eine Fernsehtalkshow vielleicht, in der er die Faschisten und Rassisten in den Boden redet und danach haben sie sich in Luft aufgelöst? Und was ist es für Leggewie, der AntifaschistInnen erpresserischen Druck vorwirft, und daß sie Demokratie verhindern, indem sie "freie Meinungsäußerung" nicht zulassen? Ist dieses Land denn etwa demokratischer geworden in den letzten Jahren, in denen Anschläge von rechts schon so alltäglich geworden sind, daß sie oft nicht einmal eine Kurzmeldung in den Nachrichten wert sind?

Im Gegenteil hat sich gezeigt, daß rechte Auffassungen sich schleichend etablierten, wie z.B. bei der Asylrechtsstreichung zu sehen war. Antje Becker und Michael Maier-Borst haben wohl recht, wenn sie in der taz vom 23. März 1994 schreiben, "daß es derzeit etwas aufwendiger wird, Standpunkte sorgsam zu überdenken, zu reformulieren und weiter zu verteidigen. Man muß schon wissen, was der linke Gegenstand unter den vielen übernommenen Chiffren ist, den man vertreten will". Mit etablierten und intellektuellen Rechten **nicht** zu reden, gehört dazu. Nicht durch Diskussionen mit ihnen ihre Thesen zu etablieren, ein Klima mitzuerzeugen, in dem wieder Pogrome und Anschläge auf Synagogen möglich sind. Denn mit *wem* reden Templin, Leggewie, Kowalsky und Co, wenn sie in der JF Interviews geben? Für *wen* fordern sie Toleranz? Sie fordern Toleranz für die, deren Weg die absolute, einzigartige Intoleranz ist. Eine Intoleranz, die über Leichen geht.

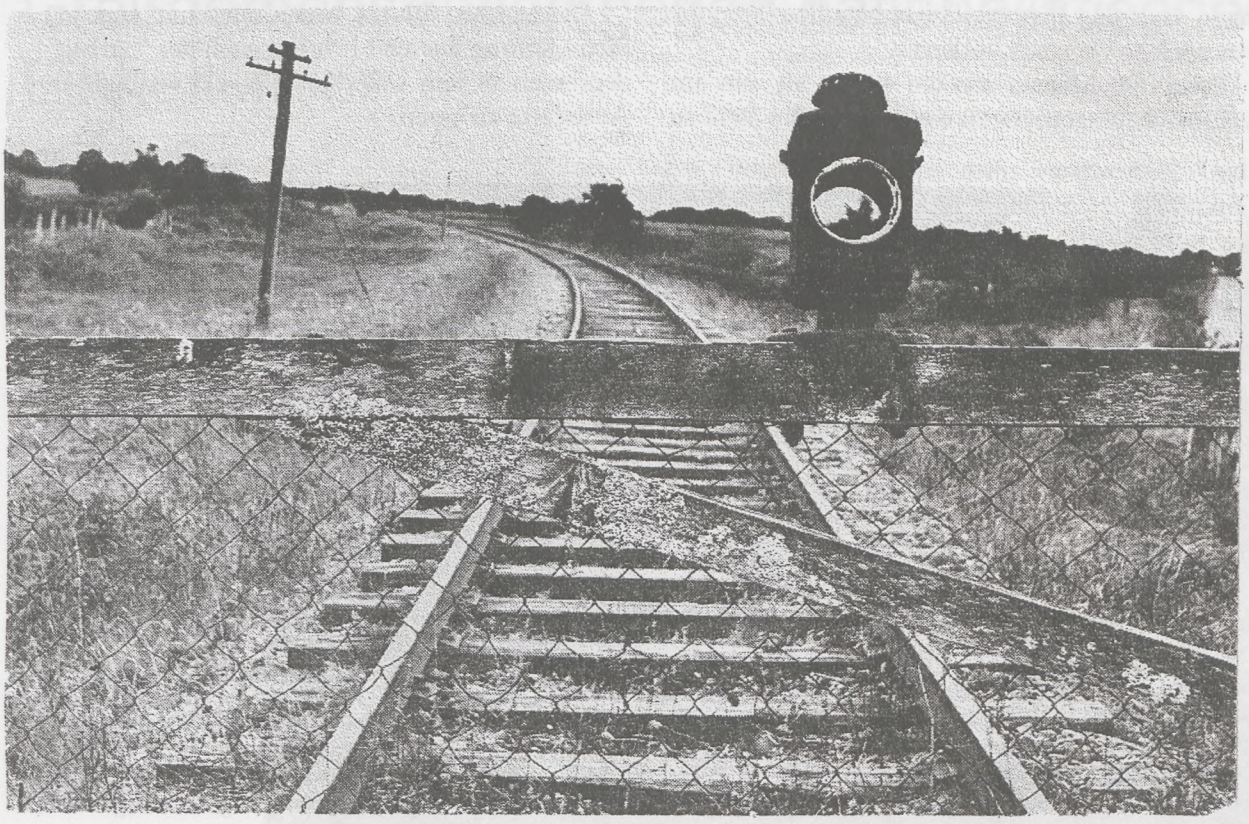
Fluchtgrenzen

Ein Film über Fluchthilfe im Grenzgebiet zur Schweiz und Österreich in der Nazi-Zeit und heute

Die DokumentarfilmerInnen Katrin Brüggemann und Jürgen Weber thematisieren in ihrem Film *Fluchtgrenzen* das Thema der Fluchhilfe in einer Gegenüberstellung der heutigen Situation von Flüchtlingen und ihren HelferInnen mit jener in der Nazi-Vergangenheit. "Zu Wort komen diejenigen, die fliehen mußten oder auf der Flucht sind, und in erster Linie diejenigen, die diese dabei unterstützten oder unterstützen."

Die Frage nach der Motivation steht dabei immer wieder im Vordergrund, und die Antworten sind beeindruckend einfach und überzeugt. Für die ZuschauerInnen stellt sich nicht mehr die Frage, warum konnte dies zur Nazi-Zeit alles geschehen und warum haben sowenige gehandelt und geholfen, sondern warum wird heute wieder zugeschaut, wo Flüchtlinge willkürlich in Elend, Folter und Tod abgeschoben werden? *Fluchtgrenzen* erhebt allerdings nicht den berühmten Zeigefinger, sondern ist Anerkennung und Dokument für und über diejenigen, die nicht zugeschaut haben und nicht zuschauen. Darüberhinaus ist er Dokument über die Kriminalisierung von Fluchthilfe und thematisiert die europäische Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und den Rückbau der Grundrechte." Schwerpunktmäßig, so heißt es in der Broschüre zum Film weiter, sei vor allem die derzeitige Politik des Grundrechtsabbaus gegenüber Flüchtlingen thematisiert. "Der Angriff auf die Grund- und Menschenrechte der Flüchtlinge ist erst der Anfang. In einigen Jahren sind auch andere Gruppen der Gesellschaft von diesem Angriff betroffen."

Zu sehen ist der Film im Haus- und Infocafe Grenzenlos, Schellingstr. 6 am Mittwoch 22.6.94 um 20 Uhr.



"Ganz normale Männer"

Rezension von Ingrid Strobl

Folgende Buchbesprechung wurde uns zugesandt, und wir veröffentlichen sie hier gerne:

Als Hannah Arendt während des Eichmann-Prozesses feststellte, daß Eichmann kein monströser Sadist war, sondern ein geradezu klinisch normaler Beamter, daß die Vernichtung der europäischen Juden nicht (von den selbstverständlich auch beteiligten Sadisten und Rassenfanatikern abgesehen) von ein paar Perversen und Verrückten bewerkstelligt wurde, sondern von den Tausenden ordentlich und unauffällig funktionierenden Angehörigen des bürokratischen Apparats, wurde sie heftig dafür angegriffen.

Ihre These war nur schwer zu ertragen. Man warf ihr vor, sie verharmlose Eichmann, während sie das schiere Gegenteil getan hatte, nämlich auf die mörderische Potenz der "Normalen" hinzuweisen, die bloß ihren Dienst tun, ihre Pflicht erfüllen und an ihrer Karriere arbeiten.

Der US-amerikanische Historiker Christopher Browning bestätigt und erweitert Arendts These in seiner 1992 in den USA veröffentlichten Untersuchung über das Reserve-Polizeibataillon 101, die jetzt auch auf deutsch vorliegt.

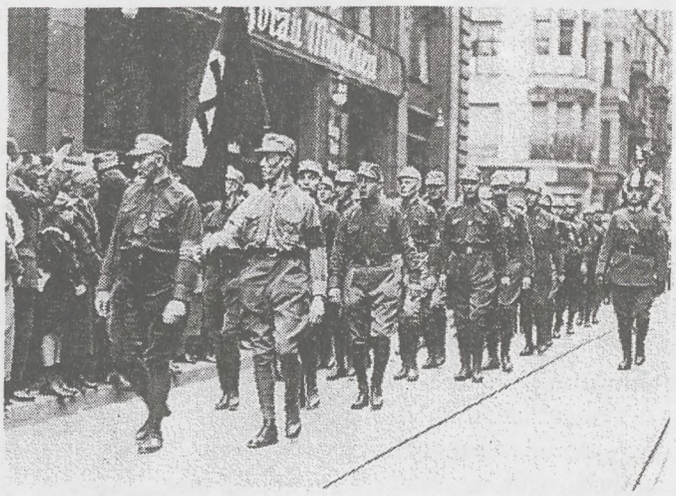
Etwa 300 Männer um die 40, zu alt, um zur Wehrmacht eingezogen zu werden, wurden 1942 zu einem Reservebataillon der Deutschen Ordnungs-Polizei zusammengestellt und nach Polen geschickt. Ihre "Arbeit" bestand darin, die Endlösung durchzuführen. Nur ein Viertel von ihnen waren Parteimitglieder, der größte Teil von ihnen stammte aus (nicht selten sozialdemokratischen) Arbeiterfamilien, fast alle kamen aus Hamburg und Umgebung. Sie gehörten, so Browning, einer Bevölkerungsgruppe an, die zur Rekrutierung von Massenmördern kaum geeignet schien.

Als die Männer ihren ersten Auftrag erhielten - sie sollten die 1500 jüdischen BewohnerInnen von Józefów im Distrikt Lublin erschießen -, eröffnete ihnen ihr Kommandant, der 53jährige Major Wilhelm Trapp, den Befehl mit Tränen in den Augen. Wer sich der Aufgabe nicht gewachsen fühle, erkläre Trapp, könne davon freigestellt werden. Einige meldeten sich, einige wenige weigerten sich bis zuletzt - ohne daß ihnen das geringste geschah -, diese Art "Aufgabe" zu erfüllen.

Die anderen führten, wenn auch mit Abscheu, ihren Auftrag aus und kehrten nach der "Arbeit" deprimiert in ihre Unterkunft zurück, unfähig ihr Abendbrot zu essen.

Das war im Juli 1942. Am Ende des Krieges belief sich, so Browning, die Gesamtzahl ihrer Opfer auf mindestens 83.000 Menschen. Zwischen Józefów und dem Ende lagen viele unterschiedliche Aufgaben, die das Reserve-Bataillon 101 zunehmend routinierter und teilweise auch mit wachsender Begeisterung erfüllte:

Die Räumung von Ghettos, die Durchführung von Deportationen, weitere Massenerschießungen, die "Judenjagd" - die Jagd auf die wenigen Menschen, die sich hatten verstecken können, in den Wäldern oder in Kellern und auf Dachböden - und zuletzt die "Aktion Erntefest", die Ermordung der über 30.000 jüdischen Zwangsarbeiter, die aus ökonomischen Gründen bis zum November 1943 am Leben gelassen worden waren.



Nach dem Krieg kehrten die meisten der Bataillonsangehörigen in ihre alten Berufe zurück, viele in den Polizeidienst.

Nur einige wenige wurden zu kurzen Haftstrafen verurteilt. Immerhin war das Polizeibataillon 101 das einzige, gegen das überhaupt ermittelt und Anklage verfaßt wurde. Die Ermittlungsakten aus diesem Verfahren, die Aussagen der Beteiligten und die Aussagen der wenigen überlebenden Opfer dienten Browning als Grundlage für seine Arbeit.

Er versucht schließlich, die Frage zu beantworten, wie aus "ganz normalen Männern" kaltblütige oder zumindest gleichgültige Massenmörder wurden, und liefert damit wichtige Anstöße zu einer dringend notwendigen weiteren Erforschung und Diskussion dieses beunruhigenden und bedrohlichen Themas.

Das Buch von Christopher Browning: *Ganz normale Männer - das Polizeibataillon 101* ist bei Rowohlt erschienen.

Großdemonstration gegen nationalistische Einheitsfeier

Am 3. Oktober wollen höchste VertreterInnen aus Wirtschaft und Politik in Bremen eine großangelegte Einheitsfeier veranstalten. Dagegen ist eine bundesweite Demonstration geplant. Das linke und antifaschistische Bündnis "Keine nationalistischer Einheitsfeier am 3.10" teilt unter anderem dazu mit:

"1994: das 4. Jahr der Einverleibung der DDR durch die BRD.
1994: das Jahr der streiklosen Lohnsenkungen.
1994: das Jahr der abgeschotteten Grenzen.
1994: das Jahr der Pflege der öffentlichen Kassen.
1994: das Jahr der Versicherung, daß Konzerngewinne weiter steigen.
(...)
1994: das Jahr, in dem in Deutschland Synagogen wieder brennen.
1994: das Jahr, in dem uns mal wieder alle den Aufschwung, den Standort Deutschland, das Blaue vom Himmel und vieles mehr versprechen. Und diese Versprechungen sollen auch noch ordentlich gefeiert werden: am 3. Oktober 94, dem Feiertag der Nation, und das in diesem Jahr in Bremen."

Ein bundesweites Koordinationstreffen zu der Demo (und den davor stattfindenden Aktionstagen) wird am 25. Juni um 11 Uhr im *Frauenprojekt - besetztes Haus, Buntentorsteinweg 372 in der Bremer Neustadt* gemacht. Kontakte laufen über: *Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38, 28203 Bremen. Tel.: 0421/706444.*

Spenden für die öffentliche Mobilisierung finden genügend Platz auf dem Konto: *Weber, Sonderkonto 3.10, Sparkasse Bremen (BLZ 290 501 01), Kto.Nr.: 1156 2329.*

Schön wäre, wenn sich auch in Tübingen zur Demo mobilisieren ließe.

Polizeiterror gegen antifaschistischen Widerstand

Aus Stuttgart erreichte uns folgender Bericht über eine Rep-Veranstaltung in der Liederhalle.

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der faschistischen Partei ''Die Republikaner'' in Baden-Württemberg fand am 18.03.94 im Stuttgarter Kongreßzentrum Liederhalle-Hegelsaal ein Jubiläumsball statt. Mit den Einnahmen des Kartenverkaufs (Eintrittspreis 120.-DM) sollten unter anderem die Wahlkampfkosten in ''Mitteldeutschland'' finanziert werden. Als ''besonderer Überraschungsgast'' war außerdem Frau Schönhuber geladen.

Autonome antifaschistische Gruppen hatten zu einer Blockade des Eingang des Hegelsaals aufgerufen, die allerdings durch Absperrgitter und die massive Präsenz der Polizei undurchführbar wurde.

Als sich der Demonstrationszug der Liederhalle näherte, versuchten die anwesenden Polizeieinheiten die ca. 350 DemonstrantInnen zurückzudrängen. Hinter den Absperrgittern standen Polizeieinheiten mit Hunden bereit. Der Demonstrationszug wurde unter brutalem Knüppeleinsatz auf die Kreuzung Schloßstr./Büchsenstr. zurückgetrieben. Durch gezielte Schläge ins Gesicht kam es hier zu den ersten Kopfverletzungen. Die Demo-SanitäterInnen waren nicht in der Lage, medizinische Hilfe zu leisten, weil die Polizei kurz nach Beginn der Demonstration das Jugendhaus ''Mitte'' völlig abgeriegelt hatte und Personen den Zu- und Ausgang verwehrte. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich auch die Demo-SanitäterInnen dort und konnten erst nach längerer Zeit und durch Beihilfe eines Anwalt das Jugendhaus verlassen. Unter ihnen befand sich ein Arzt, dem die Polizei ebenfalls den Ausgang verweigerte.

Nach unseren Informationen mußten über zehn AntifaschistInnen stationär im Krankenhaus behandelt werden, unter anderem mit Platzwunden und Gehirnerschütterungen. Eine Festgenommene wurde von einem Beamten zu Boden geschlagen und zog sich dabei einen Nasenbeinbruch zu. Ein anderer Demonstrant wurde bei seiner Festnahme brutal mit Knüppeln geschlagen, durch einen gezielten Schlag ins Gesicht wurde ein Zahn ausgeschlagen und ein anderer schwer beschädigt. Ab diesem Zeitpunkt waren auch Pferde im Einsatz, die teilweise in die DemonstrantInnen getrieben wurden. Willkürlich wurden Menschen über die Königstr. gehetzt, mit Knüppeln geprügelt und verhaftet. Diese Verhaftungen verliefen äußerst brutal. DemonstrantInnen wurden zu Boden geschmissen, verbal schickaniert und beschimpft. Unbeteiligte BürgerInnen, die sich auf Grund des harten Polizeieinsatzes einschalten wollten, wurden unter Androhung von Festnahme ebenfalls schickaniert. Noch mehr als eine Stunde nach der Demonstration nahm die Polizei jedeN fest, der/die in ihren Augen ''links'' aussah, darunter viele Unbeteiligte. Die Verhafteten - darunter auch viele Minderjährige - wurden zum Poli-

Die Bilder zu diesem Artikel sind auf der Rep-Veranstaltung in Mössingen aufgenommen worden

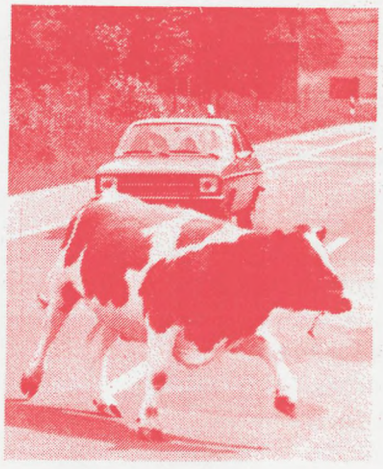
zeipräsidium in der Hahnemannstr gebracht, wo sich die Willkür der Ordnungshüter von wahllosen ED-Behandlungen über Durchsuchung von Frauen durch männliche Beamte bis zu erzwungenen Unterschriften und überbelegten Zellen erstreckte. Auch hier wurden die DemonstrantInnen verbal aufs Übelste drangsaliert. So bekam zu Beispiel eine Frau, die sich nach dem Weg nach draußen erkundigte, von einem Beamten zur Antwort: ''Hier geht es zu den Duschen.'' Besonders Frauen wurden den Schickanen der Bullen ausgesetzt, sie wurden unter anderem in völlig überfüllten Zellen unter Verschluß gehalten. Auch das Recht auf ein Telefongespräch sowie Essen und Getränke wurden den teilweise über neun Stunden Festgehaltenen verweigert. Allen 87 Festgenommenen wurde schwerer Landfriedensbruch, bzw. Verdacht auf schweren Landfriedensbruch vorgeworfen. Nach ersten Informationen ermittelt die Polizei gegen 20 Personen.

Unserer Meinung nach gibt es diesen sogenannten ''Landfrieden'' ohnehin schon lange nicht mehr, wenn faschistische Parteien wie ''Die Republikaner'' mit ihrer Hetze gegen Flüchtlinge, ImmigrantInnen und sogenannte Minderheiten den Haß in der Bevölkerung schüren. Menschen, die sich diesem faschistischen Terror entgegenstellen, werden mit Knüppeln geschlagen, verhaftet, kriminalisiert. Sogar die Freunde und Eltern der Festgenommenen, die in Autos vor dem Polzeipräsidium warteten, um die Freigelassenen abzuholen, wurden mit einem Platzverbot belegt und duch ein massives Polzeiaufgebot unter Androhung von Festnahmen vertrieben.

tanz

Veranstaltungen in der ZELLE , Reutlingen

Sa.11.6., 21h Konzert: FRIENDLY NATIVES
Fr. 17.6., 21h Konzert: KGB + Butchers Child
Sa.18.6., 21h PROFAN-Feste gegen Knäste
Mi. 22.6., 21h Konzert: STEPPIN' OUT
Sa. 25.6., 21h Große Zelle Sommerparty
jeden Donnerstag Disco ab 21h
jeden Sonntag Film ab 20.30h
Sommerpause vom 26.6.- 31.8.



Veranstaltungen im Cafe Nepomuk, Reutlingen

Fr. 10.6. , 20h GELEM, GELEM, Video über Roma
Sa.11.6. , 14h Frauenstadtführung, nur für Frauen
Sa.11.6., 19h Wahlfete der GRÜNEN
Mo.13.6., 21h WARABA, Reggae im Jazzcafe
Fr. 17.6., 21h Afrikanische Disco
Mo.27.6.,21h Elephant Noise, Experimental Jazz
Di. 5.7., 21h Vortrag über Kolumbien
Fr. 22.7. 21h Long Hot Summernight Disco

Veranstaltungen im Infocafe, Tübingen

Mi. 8.6. 19.30h CUBA, Die Revolution ist in Gefahr
Info - und Diskussionsveranstaltung
So.19.6. 10-15h Infocafe- Frühstück
So. 3.7. 10-15h " "
Mi. 13.7. 20h Film: Kuhle Wampe
So. 17.7,10-15h Infocafe Frühstück
Öffnungszeiten des Infocafes:
1. und 3. Sontag 10-15 h
Do. 16-19 h
Fr. 17-20 h
Mittwochs ab 21h Hausbar

Hier gibts die **TANZ**:

- Die Gruppe, TÜ
- Epple-Haus, TÜ
- Haus- und Infocafé, TÜ, Schellingstr. 6
- Blauer Salon, TÜ
- Zelle, RT
- Café Nepomuk, RT

Die nächste TANZ erscheint im August!!!